

Redaktioneller Teil

Zur Wirtschaftslage.

Von Professor Dr. G. Menz.

Die öffentliche Aussprache ist im Augenblick vollkommen beherrscht von den Auseinandersetzungen über die letzte Denkschrift des Reparationsagenten Parker Gilbert und die darauf von der deutschen Regierung erteilte Antwort. Die Erörterungen beschränken sich nicht nur auf Deutschland, sondern finden auch im gesamten interessierten und maßgeblichen Ausland statt. Darin zeigt sich, wie stark heute alles, was in Deutschland geschieht und auf dem Spiele steht, international gebunden ist, wie innig wir mit Weltpolitik und Weltwirtschaft in jeder Hinsicht verflochten sind. Selbstverständlich ist die Erörterung in Deutschland selbst wie außerhalb sehr stark von rein politischen Erwägungen und Wünschen beherrscht. Darauf kann aber hier nicht eingegangen werden. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, die das Bild der Wirtschaftslage betreffenden Momente hervorzuheben und zu erläutern.

Als erstes ist dabei zu unterstreichen, daß die Denkschrift jetzt nicht einen isolierten, erstmaligen Akt darstellt. Der Reparationsagent bezieht sich darin selber verschiedentlich auf frühere Äußerungen, insbesondere auch auf seinen Jahresbericht vom Sommer, in dem bereits sehr viel gesagt war, was jetzt lediglich noch einmal wiederholt wurde. Man wird sich ferner der Erörterungen über die Auslandsanleihen zu erinnern haben, die in der Denkschrift wieder eine große Rolle spielen. Die Debatte darüber zieht sich ja schon monatelang hin. Wir hatten auch hier wiederholt Anlaß, darauf einzugehen. Insbesondere erinnern wir an das kürzlich mit Berufung auf Äußerungen des Reichswirtschaftsministers hier zu diesem Thema Ausgeführte. Die damaligen Darlegungen sind geeignet, auch die jetzigen Diskussionen verständlich zu machen. Endlich wollen wir noch die Frage nach der voraussichtlichen Dauer der augenblicklichen Konjunktur erwähnen, auf die wir ja ebenfalls in unseren letzten Berichten immer einzugehen hatten und die in gewissem Sinne den Grundtenor der jetzigen Denkschrift des Reparationsagenten abgibt. Alle diese Hinweise — von anderen abgesehen — genügen, um zu beweisen, daß wir keineswegs mit der Denkschrift vor einer ganz neuen, unerwarteten Wendung der Entwicklung stehen, sondern daß sich hier im Gegenteil lediglich eine Politik auswirkt und aus besonderem Anlaß besonders deutlich wird, die dem aufmerksamen Beobachter längst erkennbar war. Losgelöst aus allem Beiwert scheint sich uns das ganze Problem kurz etwa so darzustellen:

Die Durchführung des Dawesplanes hat zwei Seiten, eine externe und eine interne. Die externe stellt sich dar im Transfer-Problem. Mit Recht weist Gilbert darauf hin, daß diese Frage gar nicht von Deutschland allein abhängt, sondern daß seine Gläubiger mit ihrer Handels- und Zollpolitik hier die Lösung in der Hand haben. Die interne Seite aber wird durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands maßgeblich bestimmt, und in diesem Bereich liegt auch die Verantwortung Deutschlands für seinen Anteil an der Lösung des Transfer-Problems. Eine falsche Politik auf diesem Gebiet setzt Deutschland dem Verdacht aus, daß es den Transfer absichtlich erschweren wolle. Eigentlicher Träger der Dawes-Leistungen ist nun nicht der

Staat — er ist gewissermaßen nur ihr Organisator und Treuhänder —, sondern das deutsche Volk selbst, im engeren Sinne die deutsche Wirtschaft. Infolgedessen kann diese aber, gerade wenn sie erfüllungswillig ist und bleiben soll, verlangen, daß der Staat eine Wirtschafts- und Finanzpolitik treibe, die nicht nur die Erfüllung gewährleistet, sondern auch erleichtert, auf keinen Fall aber gefährdet, und die Denkschrift Gilberts zeigt auf Schritt und Tritt, daß die Wirtschaft für diese Forderung die volle Unterstützung der Gläubiger findet, haben diese selber doch daran das größte Interesse. Ja, die Gläubiger erheben verständlicherweise durch den Mund des Reparationsagenten diese Forderung noch energischer als die deutsche Wirtschaft, innerhalb deren ja leider zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über diese Lebensfrage Deutschlands anscheinend keine Übereinstimmung zu erzielen ist. Im einzelnen weist Gilbert darauf hin, daß das Ausland die für die Erfüllungsmöglichkeit die erste Voraussetzung bildende Rationalisierung der deutschen Wirtschaft durch Gewährung entsprechender Anleihen großzügig unterstützt habe. Die damit zu erzielende Verbilligung der Produktion sichert entsprechende Ausfuhrmöglichkeiten, also die Aussichten, das Transferproblem zu lösen und auch die Anleihen wieder einmal zurückzuzahlen. Beides sieht Gilbert jedoch gefährdet, wenn dauernde Erhöhung der steuerlichen und sozialen Lasten die für die Ablösung der Auslandsanleihen erforderliche Eigenkapitalbildung unmöglich macht und die Produktionskosten wieder so verteuert, daß alle Ausfuhransichten schwinden. Er sieht weiter beides gefährdet, wenn durch Aufnahme unproduktiver Auslandsanleihen seitens Ländern und Kommunen zum Ersatz für stärkere Anspannung der Steuerhülle der Saldo der Handelsbilanz immer weiter ungünstig verschoben, also das Transferproblem erschwert wird, wenn durch die damit ausgeschüttete zusätzliche Kaufkraft eine Scheinkonjunktur der Industrie im Inland erzeugt wird, die jeden Augenblick zusammenbrechen kann und zusammenbrechen muß, sobald das Ausland nicht mehr pumpt, und das um so sicherer, da ja die Vermeidung eines ständigen Anziehens der Steuerhülle unter diesen Umständen Täuschung ist, weil die Auslandsanleihen natürlich verzinst sein wollen, was bei ihrer Verwendung für reine Konsum- oder gar Luxuszwede naturgemäß nur durch Steuererhöhungen möglich ist. Infolgedessen fordert eben Gilbert entschiedenen Verzicht auf eine derartige Politik und grundsätzliches Bekenntnis zu einer die Wirtschaft unbedingt schonenden Politik der Sparsamkeit.

Vom Standpunkt der Wirtschaft wird man sich diesen Gedankengängen schwerlich verschließen. Auf die Bedenken für den Fortbestand der Konjunktur mußte ja schon immer wieder hingewiesen werden. Man sieht auch, daß der Standpunkt Gilberts sich in weitem Umfang mit dem deckt, was wir gelegentlich hier über die Ansichten Dr. Schachts und leghin auch noch des Reichswirtschaftsministers ausführen konnten, obwohl die letzteren beiden keineswegs restlos übereinstimmen. So einfach sich aber das Ganze auch bei rein wirtschaftlicher Betrachtung darstellt, so verwickelt wird alles in dem Augenblick, wo man notwendigerweise auch die politischen Momente mit berücksichtigen wollte, die ja bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht auszuschalten sind. Hier wirkt sowohl das Widerspiel von Reich, Ländern und Kommunen mit wie der